

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 350

Einwohnerratssitzung vom Montag, 12. Dezember 2005, 19.00 Uhr, in der Aula Fröschmatt II

| | |
|-----------------------|--|
| Anwesend | 36 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder |
| Abwesend entschuldigt | Sepp Burch, Priska Forter, Rolf Hohler, Rudolf Meury |
| Vorsitz | Werner Graber |
| Protokoll | Bruno Helfenberger |
| Weibeldienst | Ermira Amiti |

Geschäftsverzeichnis

- | | | |
|----|---|------|
| 1. | Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode (Brigitte Frei anstelle von Siegfried Siegrist, beide FDP, <i>ohne Akten</i>) | 2398 |
| 2. | Voranschlag 2006 * | 2394 |
| | - Genehmigung Voranschlag 2006 | |
| | - Festsetzung der Gemeindesteuersätze für das Jahr 2006 | |
| | - Festsetzung des Feuerwehrpflichtersatzes für das Jahr 2006 | |
| | - Festsetzung der GGA-Gebühr für das Jahr 2006 | |
| | - Festsetzung der Wasserbezugsgebühr für das Jahr 2006 | |
| | - Festsetzung der Abwasserreinigungsgebühr für das Jahr 2006 | |
| | - Festsetzung der Hauskehr-, Sperrgut- und Containergebühr für das Jahr 2006 | |
| | * <u>Budgetpostulate</u> | |
| | - SVP-Fraktion betr. „Unterstützung der Wasserfallenbahn“ | |
| | - Unabhängige/Grüne betr. „Zusätzliche 200 Stellenprocente zu Gunsten SHB“ | |
| 3. | Postulat von Heinz Schiltknecht betreffend „Leistungen der Gemeindeverwaltung ohne gesetzliche Grundlage“ | 2279 |
| 4. | Quartierplanvorschriften „Oberemattstrasse 40 – 44“, Pratteln, Parzellen 363, 364 und 5224, 1. Lesung | 2396 |
| 5. | Teil-Revision des Reglements über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen der Einwohnergemeinde Pratteln (Mietzinsbeitrags-Reglement), 1. Lesung | 2397 |
| 6. | Interpellation von R. Graf betr. „Wohin mit den leeren PET-Flaschen im Schwimmbad Pratteln?“ | 2391 |

7. Interpellation von Ch. von Arx betr. „Umbau Bahnhof Pratteln“ 2392
8. Fragestunde (nach der Pause)

Neue persönliche Vorstösse:

- Interpellation von Gert Ruder betr. „Schandflecken in Pratteln“
- Interpellation von Gert Ruder betr. „Verplakatiertes Pratteln“
- Interpellation von Christine von Arx betr. „Parkraumbewirtschaftung“
- Interpellation von Christine von Arx betr. „Geschäft Nr. 2328, kleine Anfrage“
- Postulat von Christine von Arx betr. „Güterstrasse“
- Kleine Anfrage von Christine von Arx betr. „Steuerpflichtige im Jahre 2004“

Geschäftsverzeichnis

Beatrice Künzli: Ich bin erstaunt, dass meine Motion „Parkplatzbewirtschaftung“ noch immer nicht traktandiert ist. Ich bitte den Gemeinderat, dies möglichst bald zu tun. Es geht ja nur darum, die Motion erheblich oder nicht erheblich zu erklären.

Geschäft Nr. 2398

Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2008

In stiller Wahl wurde für den Rest der Amtsperiode in die Geschäftsprüfungskommission (GPK) gewählt:

://: **Brigitte Frei (FDP)**

Geschäft Nr. 2394

Voranschlag 2006

Aktenhinweis:

- Voranschlag 2006 (mit Korrekturen betr. Sekundarschulbauten vom 12.12.2005)
- Bericht der RPK vom 29. November 2005

GR Max Hippenmeyer: (mit Beamer) Zu den Eckdaten: Der ursprünglicher Mehraufwand von CHF 190'465 wird wegen Auswirkungen der Übergangsregelung Sekundarschulbauten so nicht bestehen bleiben. Am 1. Dezember 2005 hat der Landrat für Pratteln einen folgenschweren Entscheid gefällt. Das hat zur Folge, dass der Mehraufwand um CHF 663'000 auf CHF 853'465 ansteigt. Der Teuerungsausgleich von 0,8 % mit zusätzlichen Aufwendungen von ca. CHF 150'000 ist noch nicht berücksichtigt. Das Defizit liegt nun rund bei einer Million. Die Nettoinvestitionen betragen rund CHF 8.54 Millionen, wovon CHF 2.37 Millionen, oder 28 % die Spezialfinanzierungen betreffen.

Der Personalaufwand ist insgesamt fast CHF 575'000 höher als im Budget 2005, dies vor allem aufgrund höherer Sozialversicherungsbeiträge und im Zusammenhang mit der Umsetzung des Lohn- und Zulagenreglements. Der Personalaufwand auf der Verwaltung ist rund CHF 167'000 tiefer als im Budget 2005. Der Sachaufwand ist rund 3,5 % angestiegen. Dies vor allem wegen der massiv gestiegenen Energiepreise. Der Budgetablauf hat dieses Jahr geändert. In einer 1. Phase haben wir nur gesetzliche und zwingend notwendige Vorhaben fest budgetiert. Dabei resultierte ein bescheidener „Überschuss“ bzw. Spielraum von knapp CHF 554'000. Trotz restriktivem Sparkurs ist ein ausgeglichenes Budget praktisch unmöglich.

Zu den Sekundarschulbauten: Der Landratsbeschluss betreffend Sekundarschulbauten hat grosse Auswirkungen und bedingt eine Korrektur des vorliegenden Budgets. Die schriftlichen Anträge des Gemeinderates liegen vor. Den höheren Mieterträgen (CHF 213'000) und Unterhaltszahlungen (CHF 223'000) steht die unerwartete und deshalb nicht budgetierte Rückerstattung an den Kanton in Höhe von CHF 1'099'000 gegenüber. Das entspricht nicht ganz den Spielregeln und das Vorgehen des Landrates sind wir uns so nicht gewohnt. Einige Landräte, unter anderen auch der Gemeindepräsident von Reinach, haben sich dagegen erfolglos gewehrt. Der Mehraufwand beträgt somit CHF 663'000.

Zu den Sozialausgaben: Hier haben wir Nettoaufwendungen von CHF 6 Mio. oder 50 % mehr als 2003. Die Budgetierung erfolgte analog der Hochrechnung für das laufende Jahr. Eine Stabilisierung und mittelfristige Senkung aufgrund verschiedener Massnahmen wird angestrebt. Die Ausführungen dazu erhalten sie von Uwe Klein.

GR Uwe Klein: Die Bevölkerungsstruktur von Pratteln ist eine ganz besondere. In Pratteln wohnen relativ viele Personen mit einem kleinen Einkommen. Wir haben auch eine hohe Arbeitslosenquote von 6,34 Prozent. Immerhin ein Prozent weniger als vor einem Jahr. Viele davon stehen vor der Aussteuerung. Niederschwellige Arbeitsplätze sind nicht genügend vorhanden. Dazu kommen Sprachprobleme bei Ausländern, Bildungslücken, gesundheitliche Probleme, Alkoholismus und anderes. Das stellt die Behörden vor fast unlösbare Probleme. In den Aussenquartieren haben wir billige und sanierungsbedürftige Wohnungen. Das zieht Personen mit geringem Einkommen aus dem ganzen Kanton an. In Pratteln haben wir auch eine besonders hohe Scheidungsrate. Dies hat zur Folge, dass wir viele alleinerziehende Personen haben, die kurz vor der Schwelle zur Sozialhilfeabhängigkeit stehen. Pratteln war immer eine „Arbeitergemeinde“ und wird dies wohl auch bleiben. Uns fehlen finanzkräftige Steuerzahler. Wir haben ein Imageproblem und der Gemeinderat ist bemüht, Lösungen und einen Ausweg aus diesen Strukturproblemen zu finden. Einfach ist das nicht. Der Kanton hat zwei Prozent Sozialhilfefälle. In unserem Bezirk sind es 8,82 Prozent und in Pratteln sind es 4,18 Prozent. Zur Dauer der Sozialhilfeabhängigkeit: Beim Kanton sind die Männer 834 und die Frauen 885 Tage von der Sozialhilfe abhängig. Der Durchschnitt beträgt 860 Tage. Im Bezirk Liestal sind es bei den Männern 899 und bei den Frauen 942 Tage. Der Durchschnitt beträgt 921 Tage. Nun zu Pratteln: Bei den Männern sind es 945 und bei den Frauen 990 Tage. Der Durchschnitt beträgt 969 Tage. Sie sehen, die Dauer der Abhängigkeit ist in Pratteln sehr lang und das kostet Geld. Zum Ausländeranteil: Im Kanton wohnen 18,43, im Bezirk Liestal 24,9 und in Pratteln 36,4 Prozent Ausländer. Davon erhalten im Kanton 45,7, im Bezirk Liestal 55 und in Pratteln über 66 Prozent Sozialhilfe. Das ist ein riesiges Problem. Zu den Mietkosten: Im Kanton beträgt der Mittelwert CHF 1'000 und in Pratteln rund CHF 820. Sie sehen, wir sind zu billig. Unsere Aussenquartiere Längli, Gehrenacker, Rankacker und Aegelmatt haben billige Wohnungen. Diese zum Teil sanierungsbedürftigen Wohnungen tragen dazu bei, dass wir Zuzug von Sozialhilfeempfängern aus dem ganzen Kanton haben. Zu den Gründen der Sozialhilfeabhängigkeit: Die Arbeitslosigkeit macht neben vielen weiteren Gründen mit über einem Drittel den grössten Teil aus. Hier noch einige Vergleichszahlen für den Zeitraum von August 2004 bis Oktober 2005: 11,6 Prozent aller Sozialhilfebezüger im Kanton wohnen in Pratteln. Im Jahr 2004 wurden in Pratteln 617 Personen unterstützt. Im Jahr 2005 624 Personen. Im Kanton wurden 2004 5172 Personen und im Jahr 2005 5358 Personen unterstützt.

Sie sehen einen allgemeinen Anstieg. Am 31.12.2004 waren 699 Personen in Pratteln arbeitslos. Das sind 7,4 Prozent. Im November 2005 waren es 100 Personen weniger. Die Arbeitslosigkeit hat abgenommen, aber die Fälle haben zugenommen.

Wie sehen die Massnahmen Sozialausgaben aus?

– Einsatz einer Arbeitsgruppe bestehend aus Gemeinderat, SHB und Verwaltung.

Diese untersucht, wo Sozialhilfekosten gespart werden können.

– Befristete Aufstockung im Sekretariat SHB.

– In der Regel werden keine direkten Mietzinszahlungen mehr an Vermieter gemacht. Der Mietzins wird an den Klienten ausbezahlt, damit dieser lernt, mit dem Geld umzugehen.

– Das Mietzinsdepot wird nicht mehr durch die SHB übernommen.

– Die Anpassung des Mietzinsbeitragsreglements ist bereits im ER traktandiert.

– Ausgesteuerte jugendliche Arbeitslose werden intensiver betreut und gecoach.

– Konsequente Missbrauchsbekämpfung. Hier haben wir einen Betrag im Budget.

– Schaffung von klaren Regelungen bei Beschaffung von Möbeln, Kleidern und sonstigen Dingen für den Haushalt.

– Reduktion der Unterstützung bei zu hohen Mietzinsen, wobei der Umzug in eine billigere Wohnung verfügt und durchgesetzt wird.

– Prozentuelle Beteiligung des Klienten bei den Zahnarztkosten.

– Tiefere Franchise bei Krankenkassenprämien.

Das sind einige der wichtigsten Massnahmen und es kommen noch weitere dazu.

GR Max Hippenmeyer: Ich hoffe, dass ein bisschen Licht in das Dunkel der Sozialhilfekosten gekommen ist. Zum Nettoaufwand nach Funktionen: Der grösste Anteil hat die Bildung mit 33 Prozent, gefolgt von der Sozialen Wohlfahrt mit 27 Prozent. Gegenüber dem letzten Jahr hat sich bei den meisten Funktionen nicht viel wesentlich geändert. Die Kosten im Sozialbereich sind um 3 Prozent angestiegen. Zu den Steuern: Diese wurden auf der Basis des Budgets 2005 belassen. Die Konjunktur zieht noch nicht so an, dass dies in der Steuerrechnung seinen Niederschlag findet. Mögliche Mehrerträge wegen des Gerichtsurteils in Sachen Eigenmietwert sind nicht berücksichtigt worden. Bei der Beantwortung der Interpellation von André Stöckli habe ich die entsprechenden Erklärungen abgegeben. Der Regierungsrat weiss selber noch nicht, wie er das handhaben will. Sorgen macht uns die markante Zunahme bei den Steuerverlusten und –abschreibungen. Das sind 80 Prozent mehr als im Budget 2005. Mittlerweile sind wir fast bei 3 Steuerprozent bei den natürlichen Personen. Rund CHF 650'000 können wir „ans Bein streichen“.

Zu den Spezialfinanzierungen: Hier sieht es erfreulicher aus, aber das ist nicht neu.

GGA: Wir haben einen Mehraufwand von CHF 232'865, nach Gewährung eines einmaligem Gebührenrabatt von 33 Prozent. Die GGA ist seit rund 20 Jahren in Betrieb und wir wollen die treuen Abonnenten belohnen.

WASSERVERSORGUNG: Wir haben einen Mehrertrag von CHF 63'900, nach zusätzlichen Abschreibungen von CHF 100'000 und erstmaligem Gebührenrabatt von 12,5 % als Kompensation für die Reduktion bei der Abwasserbeseitigung. Im Jahr 2007 soll dieser Rabatt beim Abwasser wegfallen.

ABWASSERBESEITIGUNG: Der Mehraufwand beträgt CHF 512'425 nach Gewährung eines Gebührenrabatts von 12,5 Prozent. ABFALLBEWIRTSCHAFTUNG: Hier weisen wir einen kleinen Mehrertrag von CHF 22'940 aus. Eine Stabilisierung aufgrund verschiedener Massnahmen wird angestrebt. Eine davon ist die Einführung einer Konzessionsgebühr Mitte des Jahres. Die bisher aufgelaufenen Verluste werden in der Jahresrechnung 2005 verbucht.

Zu den Investitionen: Wegen unserer Mittelknappheit sind wir hier nach wie vor auf Sparflamme. Die Nettoinvestitionen betragen rund CHF 8,54 Millionen, wovon CHF 5.32 Millionen vorfinanziert sind. Der Anteil an den Spezialfinanzierungen beträgt rund CHF 2.37 Millionen, wovon CHF 1.52 Millionen als Vorfinanzierungen.

Zu der Selbstfinanzierung: Es ist interessant, dass sich dieser nicht wesentlich verschlechtert hat. Mit den 87,4 Prozent kann ich recht gut leben. Der Löwenanteil bei den Investitionen trägt die Dorfturnhalle.

Mein Fazit: Trotz rigorosem Sparkurs aufgrund von Fremdeinflüssen haben wir erneut kein ausgeglichenes Budget. Wegen der Korrektur infolge Schulhausbauten und möglichem Teuerungsausgleich muss mit einem Defizit von nahezu 1 Million gerechnet werden. Da „blutet mein Herz“. Eingereichte Budgetpostulate und allfällige Erhöhungsanträge sind nicht berücksichtigt. Ich sage ganz klar nein zu neuen und nein zum Ausbau von bestehenden Ausgaben, wenn die Finanzierung nicht gesichert ist. Bei einem Eigenkapital von weniger als 1 Million ist unser Handlungsspielraum praktisch gleich Null. Wir haben auf der einen Seite finanziell gesunde Spezialfinanzierungen und auf der anderen Seite steht eine Laufende Rechnung mit strukturellen Defiziten.

Mein Ausblick: Pratteln hat Probleme, aber Pratteln hat auch Chancen. Nützen wir sie! Der Ansiedlung neuer Betriebe verbunden mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze muss höchste Priorität eingeräumt werden. Da haben wir alle mitgezogen bei der Verabschiedung der Quartierpläne. Attraktiver Wohnraum bringt gute Steuerzahler. Steuererhöhungen sind für den Gemeinderat kein Thema, sonst verlieren wir noch die letzte Attraktivität von Pratteln. Im Gegenteil, wir versuchen mit den vorgeschlagenen Gebührenrabatten unsere Steuerzahler erneut zu entlasten.

Zum RPK-Bericht: Punkt 2.2: Der Landratsbeschluss ist noch nicht rechtskräftig, daher ist der vorgeschlagene Weg der RPK via Nachtragskredite sinnvoll. 2.3: Eine Ausschreibung ist möglich, die Zahl der Anbieter ist allerdings sehr beschränkt. 2.4: Der Gemeinderat ist ganz klar der Meinung, dass eine Fremdvermietung kein Thema ist. Die Wohnung wird durch die Musikschule belegt und dient als Alternative für Benutzer der Dorfturnhalle während dem Umbau. 2.5: Das wird geprüft. 2.6: Das Kasensepersonal hat auch noch andere Aufgaben wahrzunehmen wie Sanitätsdienst, Auskunftserteilung und ist Schaltstelle. Das kann man nicht durch ein automatisches Drehkreuz erledigen. Auch der Badmeister ist ausgelastet. Im Übrigen haben wir dort niederschwellige Arbeitsplätze geschaffen. Ich verweise auf die Ausführungen von Uwe Klein. 2.7: Eine andere Lösung bzw. Optimierung der momentanen Situation ist in Arbeit. Mit den einzelnen Kürzungsanträgen kann der Gemeinderat mit wenigen Ausnahmen leben. Die (Wieder-)Erhöhung der Beiträge für Schüler an Lager lehnen wir ganz klar ab. Die Sekundarschule liegt gemäss Bildungsgesetz in der Verantwortung des Kantons. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse.

RPK-Präsident Christian Schäublin: Die RPK hat sich intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt. An dieser Stelle geht mein Dank an die Mitglieder der RPK und ganz besonders an Herrn Philip Staub. Es ist sachlich budgetiert worden. Die Sozialhilfekosten sind am steigen und die Sekundarschulbauten schlagen neu mit CHF 600'000 zu buche. Auch die Steuereinnahmen wurden sehr vorsichtig budgetiert. Die RPK hat versucht, noch rund CHF 90'000 einzusparen. Zu den Budgetpostulaten: Wir empfehlen Ihnen, diese abzulehnen. Im Weiteren verweise ich auf den RPK-Bericht mit den entsprechenden Empfehlungen.

Einwohnerratspräsident Werner Graber: Ich schlage vor, die Budgetpostulate als Anträge zu behandeln, weil die Kontos schon eröffnet sind.

Urs Hess: Das Budget ist geprägt von einem ganz massiven Defizit. Trotz Vorwarnung aus Liestal betreffend Schulhausbauten wurde vom Gemeinderat nicht richtig budgetiert. Die vom Gemeinderat gepriesene Zurückhaltung bei der Budgetierung hat überhaupt nicht stattgefunden. Das stimmt die SVP äusserst bedenklich. Wir stellen fest, dass die Kosten für das Soziale und die Bildung massiv gestiegen sind. Wir fragen uns, warum bei einem ähnlichen Personalaufwand die Lohnnebenkosten um 15 Prozent gestiegen sind. Bei einem vertieften Blick in das Budget muss man feststellen, dass wir ein sehr teures Altersheim Madle haben. Das Problem der Ausgaben gehört in den Griff. Mit diesem Defizit werden wir nächstes Jahr kein Eigenkapital mehr haben. Dann sind wir bankrott. Der fehlende Finanzplan könnte man zu Hilfe nehmen. Ich weiss nicht, warum sich der Gemeinderat um diesen gesetzlichen Auftrag foutiert. Bevor wir neue Aufgaben übernehmen können, müssen alte und beste-

hende wegfallen. Hier ist auch das Parlament gefordert. Wir sind da beim Geldausgeben immer grosszügig. Ich denke vor allem an das Personal und bei der Bildung. Die RPK hat eine gute Arbeit geleistet. Der Gemeinderat soll sich überlegen, ob das Budget nicht früher kommen könnte, damit sich die RPK besser in das Budget vertiefen kann. Anlässlich der Fraktionssitzung haben wir uns ganz fest überlegt, ob wir auf das Budget überhaupt eintreten und dieses zurückweisen wollen. Das Budget ist falsch und der Gemeinderat ist aufgefordert, die richtigen Zahlen zu zeigen. Wir treten mit einem ganz unguuten Gefühl auf das Budget ein. Unseren Budgetantrag betreffend Unterstützung der Wasserfallenbahn ziehen wir aufgrund des massiven Defizits zurück.

Heinz Schiltknecht: Die SP hat die vorliegende gedruckte Form des Budgets anlässlich der Fraktionssitzung zur Kenntnis genommen und für gut befunden. En passant ist uns mitgeteilt worden, dass noch zusätzliche Kosten auf uns zukommen. Meine Recherchen haben ergeben, dass die Landratsvorlage seit dem 14. August 2005 bekannt ist. Seit diesem Datum hat der Gemeinderat die Informationen gehabt. Der Beschluss im Landrat ist besser ausgefallen, als dies der Regierungsgrat gewollt hat. Auf meine diesbezügliche Frage in der RPK lautete die Antwort: Die Rückstellungen der vergangenen Jahre decken mehr oder weniger die eventuellen Rückzahlungen an den Kanton. Tatsache aber ist, dass dies hinten und vorne nicht stimmt. Ich bin ziemlich „sauer“ geworden, je mehr ich die Angelegenheit im Detail angeschaut habe. Als RPK-Mitglied bin ich mir „verschaukelt“ vorgekommen. Ich erwarte, dass jemand von der Verwaltung die RPK über allfällige Konsequenzen von Landratsbeschlüssen informiert. Es erstaunt mich sehr, dass nichts in das Budget aufgenommen wurde. Ich kann das Votum von Urs Hess unterstützen und ich persönlich hätte das Budget zurückgewiesen. Hier wird uns etwas untergejubelt und man kann überhaupt nichts dagegen machen. Der Antrag des Gemeinderates widerspricht dem Einwohnerratsreglement und geht so nicht. Ich weiss, dass wir den Betrag bezahlen müssen, aber es geht nicht an, dass wir unser eigenes Reglement übergehen.

://: Der Einwohnerrat beschliesst mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen Eintreten.

Detailberatung

020.309

Christian Schäublin: Die RPK möchte CHF 15'000 streichen.

://: Der Antrag der RPK wird einstimmig angenommen.

020.309/318

Christian Schäublin: Hier geht es um eine Umbuchung von CHF 10'000. Die Ausgaben sind sachgemäss dem Konto 020.309 zuzuweisen.

://: Der Antrag der RPK wird mit grossem Mehr und vereinzelt Enthaltungen angenommen.

020.311

Christian Schäublin: Wir haben festgestellt, dass praktisch alle Computer geleast sind und unvorhergesehene Softwareanschaffungen unwahrscheinlich erscheinen. Wir möchten CHF 25'000 streichen.

://: Der Antrag der RPK wird einstimmig angenommen.

020.318

Christin Schäublin: Wir beantragen eine Kürzung von CHF 60'000 gemäss der Begründung in unserem Bericht.

GP Beat Stingelin: Es ist nicht ganz richtig was hier steht. Man hat schon vorher CHF 10'000 weggenommen. Das ergibt CHF 30'000. Ich wehre mich gegen die Kürzung, weil wir Aufgaben haben wie zum Beispiel das Leitbild oder Unterstützungen im personellen Bereich. Ich bitte Sie, den Betrag von CHF 40'000 stehen zu lassen. Wenn wir auf der Verwaltung weiterkommen wollen, dann brauchen wir das. Am Schluss rentiert das wieder und kommt zurück in Form von besseren Abläufen. Über die CHF 20'000 für die EDV kann man diskutieren.

Urs Hess: Ich bitte Sie, dem Antrag der RPK stattzugeben.

://: Der Antrag der RPK wird mit grossem Mehr gegen 4 Stimmen angenommen.

150.301

Benedikt Schmidt: Die Funktion des Sektionschef ist aufgehoben worden und die Löhne sind gleich geblieben. Ich beantrage, den Lohn des Sektionschefs zu streichen.

Heinz Schiltknecht: Der Sektionschef ist hier nicht enthalten. So wurde das der RPK kommuniziert.

AL Philip Staub: Der vom Einwohnerrat genehmigte Stellenplan liegt vor. Das wird auch entsprechend im Budget abgebildet. Im Rahmen einer Budgetdebatte kann man nicht einfach den Stellenplan abändern. Der Sektionschef ist nicht mehr im Budget, da es ihn im nächsten Jahr gar nicht mehr gibt.

Christine von Arx: Ist der Sektionschef enthalten? Wenn ja, mit wie viel? Es geht wohl nicht, dass der im Stellenplan bewilligte Sektionschef in einen „Strassenwischer“ mutiert wird. Im Zweifelsfall beantrage ich, dass der Betrag um CHF 10'000 reduziert wird.

Stephan Ackermann: Der Sektionschef ist nicht mehr da, aber die Stellenprozent sind weiterhin vorhanden. Was wird mit diesen Stellenprozenten gemacht?

AL Philip Staub: Im nächsten Jahr gibt es noch einen Sektionschef, aber die Funktion fällt im Jahr 2007 weg. Ich habe das verwechselt, weil in den kleineren Gemeinden die Sektionschefs bereits aufgehoben worden sind. Der aktualisierte Stellenplan wird voraussichtlich Mitte 2006 dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht.

Christine von Arx und **Benedikt Schmidt** ziehen ihre Anträge zurück und erwarten im nächsten Jahr eine Erklärung und klare Erläuterungen.

151.362

Christian Schäublin: Die RPK erwartet eine Sondervorlage, weil doch einige Unklarheiten bestehen.

GR Ruedi Handschin: Das sind Ausgaben für Sanierungsarbeiten der einfachen Gesellschaft in der Schiessanlage Lachmatt. Die übrigen Partnergemeinden haben bezahlt. Pratteln hat noch nicht bezahlt. Ich habe kein Problem mit einer Sondervorlage.

://: Der Antrag der RPK wird mit grossem Mehr gegen vereinzelte Stimmen angenommen.

210.302.01

Eva Keller: Ich habe bei der Durchsicht der Detailkonten festgestellt, dass die Ausgaben für den Aufgabenhort gestrichen sind. Die SP stellt den Antrag, CHF 20'000 für den Aufgabenhort in den Voranschlag aufzunehmen. Der Aufgabenhort wurde sehr günstig angeboten und die Eltern dürfen durchaus mehr in die Pflicht genommen werden. Der fehlende Betrag von CHF 1'500 kann durch die Erhöhung der Elternbeiträge gedeckt werden. Hausaufgaben sind eine wichtige Sache und die rund 90 Kinder sollen auch weiterhin ihre Aufgaben unter Aufsicht machen können. Die Hilfestellung beim Lernen fördert auch das Weiterkommen. So können auch Kinder ihre Aufgaben lösen, die aufgrund der fehlenden Fähigkeiten der Eltern keine Unterstützung erhalten. Ich bitte Sie den Antrag zu unterstützen. Es ist ein wichtiges Angebot für die Schwächsten in unserer Gemeinde.

Urs Hess: Das Budget ist tiefrot und verträgt keine Mehrausgaben. Der Antrag ist abzulehnen.

GR Max Hippenmeyer: Der Gemeinderat ist auch der Meinung, dass wir das nicht mehr aufnehmen. Bis anhin hat der Kanton subventioniert. Das fällt weg. Die Hausaufgabenhortleiter müssten von der Gemeinde angestellt werden. Es gibt Mittel und Wege, das anders zu lösen.

Kurt Lanz: Aufgaben sind wichtig. Viele Schüler haben oft das Gefühl das Erklärte verstanden zu haben. Wenn sie die Aufgaben dann selber lösen müssen merken sie, dass sie auf Hilfe angewiesen wären. Aus diesem Grund bitte ich Sie, den Antrag anzunehmen. Die von Max Hippenmeyer erwähnten Mittel und Wege sind mir nicht ganz klar und ich glaube auch nicht, dass jemand fest angestellt werden muss. Haben denn die Leute auf der Gemeinde gearbeitet und würden jetzt nicht mehr weiterbeschäftigt?

GR Max Hippenmeyer: Das ist bis jetzt über den Kanton gelaufen. Laut Auskunft der Schulleitung müssten die Leute angestellt werden. Paragraph 28 des Bildungsgesetzes sagt, dass dies ein Zusatzangebot auf Kosten der Gemeinde sein könnte. Wir vermögen das aber nun nicht mehr.

Kurt Lanz: Nur weil wir nicht in der Lage sind, das Thema abschliessen zu klären kann man nicht die Behauptung machen, dass wir Leute anstellen müssten. Ich bitte Sie, die CHF 20'000 aufzunehmen und der Gemeinderat soll die Regelung und eine allfällige Vergütung durch den Kanton klären. Ich habe nicht gerne, wenn Behauptungen einfach so „in die Luft hinausgestellt“ werden.

GR Elisabeth Schiltknecht: Es ist tatsächlich so, dass der Kanton den Aufgabenhort nicht finanziert und es wäre ein freiwilliges zusätzliches Angebot der Gemeinde. Vorher hat der Kanton das übernommen und er kann heute nicht hingehen und Personal für die Gemeinde anstellen. Wenn das die Gemeinden anbieten wollen, dann müssten Personen mit rund einem Viertelpensum angestellt werden.

GR Max Hippenmeyer: Ich bitte Kurt Lanz mit der Wortwahl vorsichtiger umzugehen. Ich habe nichts behauptet und meine Kollegin hat meine Aussagen bestätigt und präzisiert.

Stephan Burgunder: Die FDP-Fraktion ist gegen die Erhöhung. Es kann nicht sein, dass der Kanton einspart und wir als Gemeinde einspringen. Es gibt sicher die Möglichkeit, dass ältere Schüler die Jüngeren unterstützen. Die Schulen wollen immer

mehr Autonomie und es gibt sicher andere Möglichkeiten als die Kosten immer über die Gemeinde abzuwälzen.

Kurt Lanz: Trotz allem kann man doch beim Kanton nachfragen, ob es nicht möglich wäre, zusätzliche Pensen einzukaufen.

GR Elisabeth Schiltknecht: Die Kosten für das Personal fallen aber auch bei einem Einkauf genau gleich an. Ich denke nicht, dass wir eine „Extrawurst“ für Pratteln machen, nur damit wir kein Personal anstellen müssen. Die Kosten entstehen trotzdem. Entweder man ist für die Aufnahme von CHF 20'000 und wenn man Mehrkosten verhüten möchte, dann dürften wir ruhig etwas mehr in die Prävention stecken. Ich bitte Sie, stimmen Sie den CHF 20'000 für den Aufgabenhort zu, aber verlangen sie bitte nicht, dass wir noch spezielle Verträge mit dem Kanton abschliessen.

://: Der Antrag der SP wird mit 19 : 17 Stimmen abgelehnt.

(Pause; die Fragestunde ist am Schluss protokolliert)

230.317

Christian Schäublin: Aufgrund eines Antrages des Sekundarschulrates beantragen wir eine Erhöhung von CHF 20'000 für die Lager gemäss unseren Ausführungen im Bericht.

Dieter Stohler: Die FDP-Fraktion lehnt den Antrag ab. Die RPK hat unter dem Eindruck der damaligen Budgetsituation entschieden. Der Schulrat hat geschrieben: „Der Kanton ist gerade daran, die finanzielle Abgeltung der Schulkosten an die Gemeinden klar und relativ grosszügig zu regeln“. Diese relative Grosszügigkeit führt nun zu einer Mehrbelastung von rund CHF 663'000 bei den Sekundarschulbauten. Die Erhöhung liegt aus finanziellen Gründen nicht drin. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde ein-springt, wenn das Sekundarschulwesen Sache des Kantons ist.

Urs Hess: Die SVP-Fraktion lehnt den Antrag ab.

GR Max Hippenmeyer: Ich erinnere daran, dass auch die verbleibenden CHF 20'000 einen freiwilligen Beitrag bedeuten. Eine Verdoppelung liegt nicht drin.

Heinz Schiltknecht: Dieter Stohler hat die grosszügige Entschädigung des Kantons erwähnt. Das ist nicht der Fehler des Kantons, der Gemeinderat hat den Betrag nicht aufgenommen. Der Kanton zahlt mehr als wir zurückzahlen und unter dem Strich bleibt tatsächlich etwas übrig.

GR Elisabeth Schiltknecht: Dieser Betrag entspricht dem Betrag bei den früheren Papiersammlungen. In den letzten Jahren haben die Schüler Umweltschutzarbeiten in Zusammenarbeit mit dem Werkhof geleistet. Wenn die CHF20'000 nicht dazu kommen, dann wird es für die Durchführung der Lager nicht reichen. Die Lager wurden immer mit speziellen Beiträgen finanziert und nicht vom Kanton.

Kurt Lanz: Die Schülerinnen und Schüler erbringen auch eine Gegenleistung und ich bitte Sie, die CHF 20'000 zu bewilligen.

Stefan Löw: Es ist illusorisch zu glauben, dass der Aufwand des Werkhofes gering ist. Ich habe die Erfahrung mit Schüler gemacht, die in meiner Firma tageweise gearbeitet haben. Sie sehen, es gibt andere Möglichkeiten Lager zu finanzieren.

Stephan Ackermann: Es ist innovativ, wenn die Schüler in einem Projekt im Werkhof beschäftigt werden. Ich erinnere an die Diskussion der GPK mit dem Gemeinderat betreffend der Papiersammlung in der Vergangenheit. Mit ihrer Tätigkeit im Werkhof kann man auch hoffen, dass die Jugendlichen zu gewissen Dingen mehr Sorge tragen.

://: Der Antrag der RPK wird mit 18 : 18 Stimmen und mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

240.427 / 240.461 / 240.361

GR Max Hippenmeyer: Ich habe die Vorwürfe zur Kenntnis genommen. Die RPK war orientiert und wir waren auf der sicheren Seite. Dass im Landrat dann die Grundpau-schale und die Mieterentschädigung reduziert, respektive gestrichen worden sind, lag nicht in unserem Einflussbereich. Der Landrat hat so beschlossen, entgegen aller Beteuerungen, dass dies erst im Jahre 2007 wirksam werde. Dem ist nun nicht so und stellen deshalb die Ihnen vorliegenden Anträge. Wir müssen zahlen, ob via Budget oder Nachtragskredit. Aus verfahrensökonomischen Gründen wäre es sinnvoll, die Anträge so zu genehmigen.

Heinz Schiltknecht: Es ist klar, dass wir zahlen müssen. Wir haben ein Reglement und können das aus formalen Gründen nicht via Budget aufnehmen. Das Reglement verlangt ein Budgetpostulat. Wenn Sie das so aufnehmen, dann kann im nächsten Jahr jedermann mit dem genau gleichen Recht kommen. Wir haben uns an das Reglement zu halten und der Gemeinderat kann in der Januarsitzung einen Nachtragskredit vorlegen.

Dieter Stohler: Man kann spitzfindig formalistisch tun, wenn es einen Grund dafür geben würde. Die Auslegung von Heinz Schiltknecht lasse ich so stehen, die Ausführung dazu ist aber „höherer Blödsinn“. Ein Budgetpostulat kann nur der Einwohnerrat einreichen, aber niemals der Gemeinderat. Der Gemeinderat ist antragsberechtigt und es kann nicht jedermann kommen. Paragraph 129 Absatz 3 im Gemeindegesetz sagt: „Als Gesamtbehörde steht einzig dem Gemeinderat das Recht zu, dem Einwohnerrat unmittelbar Anträge zu stellen“. Den Betrag müssen wir sowieso bezahlen und der effizientere Weg ist die Aufnahme in das Budget.

Urs Hess: Der Landrat ist sehr auf die Gemeinden eingegangen, sonst hätte es noch viel mehr gekostet. Der Gemeinderat ist befugt, einen solchen Antrag zu stellen und ich bitte Sie, den Antrag zu genehmigen.

Heinz Schiltknecht: In der Gemeindeordnung Paragraph 38 steht: „unter Vorbehalt seiner Finanzkompetenz hat der Gemeinderat einen Nachtragskredit einzuholen, wenn: a. der Voranschlag eine neue Ausgabe nicht vorsieht.....“. Der Gemeinderat untersteht uns und nicht umgekehrt.

GP Beat Stingelin: Wir können den Betrag ohne grossen Aufwand im Budget aufnehmen. Wir können aber auch viel schreiben und die Verwaltung beschäftigen. Ist das effizienter? Ich bitte Sie, den Anträgen zu zustimmen.

Abstimmungen

://: Konto 240.427: Erhöhung um CHF 213'000.

Der Antrag des Gemeinderates wird mit grossem Mehr gegen 1 Stimme angenommen.

://: Konto 240.461: Erhöhung um CHF 223'000.
Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig angenommen.

://: Konto 240.361: Beiträge an den Kanton (Rückerstattung) CHF 1'099'000.
Der Antrag des Gemeinderates wird mit 24 : 6 Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

320.318.02

Heinz Schiltknecht: Anscheinend überlegt sich der Gemeinderat, wie er die GGA auslagern will. Das ist eine Grundsatzdebatte, die im Einwohnerrat geführt werden soll. Deshalb verlangen wir eine Sondervorlage.

GR Max Hippenmeyer: Hier wird eine Sondervorlage bei CHF 7'500 verlangt. Wir müssen nach wie vor die Frage betreffend Kopfstation lösen. Im ersten Anlauf sind wir gescheitert und hier besteht akuter Handlungsbedarf. Wir brauchen den Betrag auch in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Reinach. Wenn Sie das Gefühl haben, dass wir nichts anderes zu tun haben, als wegen CHF 7'500 eine Sondervorlage auszuarbeiten, dann können Sie dem Antrag zustimmen.

Urs Hess: Hier entsteht ein Papiertiger und es ist gescheitert, den Antrag nicht zu unterstützen.

Kurt Lanz: Ich möchte präziser wissen, was möglicherweise beim ersten Anlauf gescheitert ist. Reden wir hier davon, dass das Volk betreffend Privatisierung der Kopfstation eindeutig nein gesagt hat? Wenn es wieder um die Kopfstation geht, dann geht es eben wieder um das gleiche. Der Souverän hat entschieden und man kann diesen Entscheid nicht nach nur zwei Jahren wieder in Frage stellen.

Dieter Stohler lehnt den Antrag ab.

GR Max Hippenmeyer: Es geht nicht darum, das wir nach zwei Jahren das gleiche noch einmal bringen. Wir sind daran, nach Lösungen zu suchen. Für diese Auslotung brauchen wir Mittel. Wir sind uns ja alle einig, dass etwas gemacht werden muss.

Gert Ruder: Man kann das als Papiertiger bezeichnen. Wir sind aber der Meinung, dass es ein schlafender Hund sein könnte.

Heinz Schiltknecht: Ich will eine Präzisierung von Max Hippenmeyer.

GR Max Hippenmeyer: Der Einwohnerrat hat einer Überführung der Kopfstation in eine AG zugestimmt. Nachdem das Referendum ergriffen worden ist hat das Volk abgestimmt und das Begehren abgelehnt.

Heinz Schiltknecht: Wir haben im Einwohnerrat klar kommuniziert, dass wir dagegen sind. Die Bevölkerung hat uns dann Recht gegeben. Der Gemeinderat kann doch nicht mit dem gleichen wieder kommen. Es geht um eine Neuorganisation und es geht nicht an, dass der ganze Prozess von vorne beginnt. An der Urne wird es viel teurer und das Resultat kann ich heute schon sagen.

Stefan Löw: Wir verzetteln uns in eine GGA-Debatte und ich verweise auf die Vororientierung im Schloss. Die Teilnahme aus dem Einwohnerrat war sehr gering.

Kurt Lanz: Wir möchten eine Vorlage damit wir eben dann eine Debatte führen können.

://: Der Antrag der SP für eine Sondervorlage wird mit 19 : 17 Stimmen abgelehnt.

581.301

Dominic Strub: Im Sozialwesen liegt seit längerem einiges im Argen. Wir stellen den Antrag gemäss unseren Argumenten im vorliegenden Budgetpostulat. Die Gemeinde zahlt im Durchschnitt 3,5 Monate länger als nötig und auch der Kanton geht davon aus, dass wir dieses Geld sparen können, indem die Stellen aufgestockt werden. Ich beantrage 200 Stellenprozent zu Gunsten der Sozialhilfe.

GR Max Hippenmeyer: Der vorliegende Antrag ist kein Budgetpostulat und zielt ganz klar auf eine Änderung des Stellenplans ab. Wir diskutieren heute über Franken und nicht über Prozente. Der entsprechende Antrag betreffend Stellenplan ist im Januar oder Februar zu stellen.

Daniela Berger: Wir haben jetzt ein Riesenproblem und sollten daran arbeiten. Das Verhältnis Sozialarbeiter – Anzahl Dossiers liegt bei 1 : 100. Ein Sozialarbeiter kann so nur noch verwalten und kaum mehr betreuen. Nicht allen Leute kann aus der Sozialhilfe herausgeholfen werden, aber es gibt etliche Fälle, wo mit einer Betreuung das fehlende soziale Netz ersetzt werden könnte. Es gibt auch Leute, die einen kräftigen Anstoss brauchen, damit sich der Wille wieder einstellt, das Leben wieder selber in die Hand zu nehmen oder neuen Mut fassen, den Weg in die Unabhängigkeit wieder zu finden. Selbstverständlich gibt es auch viele Sozialhilfebezüger, die nicht für sich selbst aufkommen können und die Gemeinde helfen muss. Die Gemeinden, die das Problem der steigenden Kosten gesehen haben und das Personal verhältnismässig aufgestockt haben können heute nachweisen, dass die Kosten nicht eklatant angestiegen sind. Das scheint mir bemerkenswert. Auch die durchschnittliche Zeit der Abhängigkeit ist deutlich tiefer. Die Sozialhilfebehörde hat sich beraten und für Pratteln bessere Lösungen gesucht. Wenn wir unsere Sozialhilfebezüger nicht nur verwalten sondern auch betreuen und auch Missbräuche bekämpfen wollen, dann brauchen wir mehr Fachpersonal. Die Sozialhilfebehörde hat diverse Strategien zur Betreuung und für die Missbrauchsbekämpfung in die Wege geleitet. Was nützt es, wenn diese nicht umgesetzt werden können. Wo die Behörde bereits konkrete Massnahmen eingeleitet hat, haben sich erste positive Resultate gezeigt. Fazit: Pratteln braucht unbedingt mehr Personal im Sozialhilfebereich. Die Kosten steigen gesamthaft rasend an und der Anteil Personalkosten bildet darin ein immer kleinerer Bruchteil. Als Einwohnerrätin und Mitglied der Sozialhilfebehörde kann ich das Postulat unterstützen. Ansonsten steigen die Kosten enorm an und es entstehen deutlich mehr effektive Ausgaben, als mit der Bewilligung von zwei neuen Stellen. Es ist uns angedroht worden, dass wir vom Kantonalen Sozialamt bevormundet werden, wenn es so weiterläuft wie bis jetzt. Der Leiter des Amtes, Herr Schaffner, nimmt Verspätungen und die vielen Pendenzen nicht mehr länger hin.

Urs Hess: Es ist ein eigenartiger Weg, den zwei Mitglieder der Sozialhilfebehörde gewählt haben. Das ist ein falscher Weg. Der Gemeinderat und die Sozialhilfebehörde müssen die Aufstockung gemeinsam diskutieren und den Einwohnerrat mit dem Stellenplan informieren. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen respektive gar nicht darauf einzutreten.

GR Max Hippenmeyer: Natürlich könnte man die zwei Stellen in Franken umrechnen. Was brauchen wir? Sozialarbeiter, Sekretär oder einen juristischen Mitarbeiter? Das wäre heute ein „Hüftschuss“. Die Lage ist sicher ernst, aber der Weg geht von der Sozialhilfebehörde via Gemeinderat in den Einwohnerrat.

Dominic Strub: Es brennt wirklich. Die Verwaltung und der Gemeinderat wissen das. Ich verstehe nicht, warum hier der formalistische Weg gewählt wird. Ich beantrage CHF 160'000 in das Budget aufzunehmen.

Gert Ruder: Es ist nicht schlecht, wenn das Thema auch an einer Budgetdebatte diskutiert wird. Nicht nur, weil wir vorhin das statistische Jahrbuch von Uwe Klein betrachten durften. Als Massnahme ist mir nur die Gründung einer Arbeitsgruppe geblieben. Wenn zwei Mitglieder der Sozialhilfebehörde diesen Weg ergreifen, dann könnte doch Uwe Klein darauf eingehen und wenigstens etwas dazu sagen. Ich wünsche einen Kommentar von Uwe Klein.

Erich Weisskopf: Auch ich bin Mitglied der Sozialhilfebehörde. Die Präsidentin wird im Januar mit den Fraktionspräsidenten und den Vorsitzenden der Parteien ein Gespräch führen und diese informieren. Daraus wird sich wohl ein Antrag an den Gemeinderat ergeben, damit wir endlich die Kosten herunter bringen können. So kann es nicht weitergehen. Ich verstehe das Vorgehen meiner Kollegin und meines Kollegen, nur der Weg ist wohl nicht der richtige.

Urs Baumann: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Für mich ist es auch unbestritten, dass wir handeln müssen. Ich will aber wissen, für was die CHF 160'000 gebraucht werden.

GR Uwe Klein: Die CHF 160'000 würden für zwei Stellen gar nicht ausreichen. Es bedarf einer sauberen und seriösen Abklärung. Reinach hat ungefähr 160 Fälle und 420 Stellenprozent. Pratteln hat doppelt so viele Fälle und 430 Stellenprozent. Da sieht man, dass etwas nicht stimmt und es ist dringend notwendig, dass wir handeln. Es ist fast fünf nach Zwölf, aber der Weg via Budget funktioniert so nicht.

Dieter Stohler: Es ist peinlich für den Gemeinderat, wenn wir über diesen Antrag erfahren, dass der zuständige Gemeinderat zugibt, dass offenbar Missstände herrschen. Warum hat der Gemeinderat nicht schon lange einen Antrag gestellt oder Massnahmen ergriffen, wenn es schon fünf nach Zwölf ist? Ich spüre eine gewisse Bereitschaft sowohl von der Sozialhilfebehörde als auch vom Gemeinderat, dass man zusammensitzt und eine saubere Vorlage ausarbeitet.

André Stöckli: Ich kann der Argumentation folgen, aber für mich ist das Postulat absolut unseriös. Zwei Zahlen: Seit der Rechnung 2003 und dem Voranschlag 2006 haben wir aus verschiedenen Gründen eine Lohnsummenerhöhung von 7 Prozent. Die Einwohnerzahlen sinken tendenziell. Die Rechnung geht nicht auf. Ein seriöses Vorgehen ist dann gegeben, wenn man zwei neue Stellen schafft und zwei andere Stellen streicht. Der Verwaltungsapparat „Staat Pratteln“ darf nicht weiter aufgeblasen werden.

://: Der Antrag der Fraktion Unabhängige/Grüne wird mit 22 : 12 Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

581.366 / 581.481

Christian Schäublin: Die Entnahme aus dem Asylfonds entspricht nicht dem Zweck dieses Fonds. Wir beantragen eine Kürzung von CHF 150'000 in beiden Konten gemäss unseren Ausführungen im Bericht.

GR Uwe Klein: Ich bitte Sie, den Betrag so zu belassen. In diesem Fonds sind noch CHF 690'000. Das Geld ist vorhanden und ist für Probleme mit Asylbewerbern da. Heimkosten müssten wir über die Sozialhilfe abwickeln. Was nützt uns der Fonds, wenn wir diesen nicht gebrauchen können.

Christine von Arx: Der Betrag ist relativ hoch. Wie viele Kinder sind in einem Heim?

GR Uwe Klein: Bei einer mir bekannten Familie kostet der Heimaufenthalt für ein Kind CHF 13'000 im Monat!

Christine von Arx: Das hat doch nichts mit dem Asylfonds zu tun und das Geld ist zweckentfremdet. Vorläufig Aufgenommene sind keine Asylanten und auch keine Asylsuchende. Wenn ein Kind in ein Heim platziert werden muss, dann sind das einfach Kosten bei der Vormundschaftsbehörde. Auch bei vorläufig Aufgenommenen.

GR Uwe Klein: Im Artikel 1 des Fonds heisst es: „Aus dem Asylfonds werden die Kosten im Asylbereich getragen, die nicht durch die Pauschalabgeltungen von Bund und Kanton gedeckt werden“. Das ist der Asylbereich und man kann es auslegen wie man will.

Heinz Schiltknecht: Das Reglement ist für Asylbewerber und für niemand anderes. Sonst müsste man das Reglement ändern.

Mandana Roozpeikar: Man muss klar unterscheiden und präzisieren zwischen vorläufig Aufgenommene mit Status F und Asylanten mit dem Status N.

://: Der Antrag der RPK wird mit grossem Mehr gegen 4 Stimmen angenommen.

586.301

Brigitte Frei: Im Jahr 2004 hatten wir CHF 10'000, im Jahr 2005 CHF 50'000 und im Voranschlag CHF 100'000. Werden immer mehr ausgesteuerte Personen auf der Gemeinde angestellt? Wenn ja, was machen diese Personen? Oder ist es ein „versteckter“ Posten, wo eine Stelle geschaffen wird wie im Kommentar zitiert: „Zusätzlich soll eine Person beschäftigt werden (allenfalls externe Person), die ausgesteuerte Personen bei der Stellensuche unterstützt“.

586.301 / 586.305 / 586.318

Christian Schäublin: Die CHF 50'000 für das Coaching von Arbeitslosen sollen umgebucht werden. Für dieses Coaching soll niemand auf der Gemeinde fest angestellt werden.

://: Der Antrag der RPK wird einstimmig angenommen.

620.311 / 620.481

Christian Schäublin: Wir beantragen die Streichung von CHF 48'500 für die Anschaffung des Verkehrsleitsystems gemäss den Ausführungen in unserem Bericht.

GP Beat Stingelin: Die Nachbarn haben sein längerem reklamiert. Das grosse Verkehrsaufkommen ist sicher nicht täglich, aber immer öfter. Nach der Fertigstellung des Wohnblocks wird diese Problematik sicher wieder Thema sein. Das Verkehrsleitsystem wäre eine gute Sache, aber wenn es noch nicht reif ist, dann kann man damit leben.

://: Der Antrag der RPK wird einstimmig angenommen.

620.314

Benedikt Schmidt: Beim Strassenunterhalt kann man sicher sparen und ich beantrage eine Kürzung von CHF 30'000.

Heinz Schiltknecht: In der RPK habe ich die Ansicht vertreten, den Betrag in diesem Konto zu erhöhen. Wir machen in Pratteln sehr wenig und irgendwann ist die

Schmerzgrenze erreicht. Wenn wir keinen Unterhalt machen, dann gehen die Strassen kaputt.

Urs Hess: Der Antrag ist abzulehnen. Wir haben heute schon einen sehr tiefen Betrag und es ist sinnlos, dort zu streichen.

Urs Baumann: Ich verstehe die Beweggründe für diesen Antrag überhaupt nicht. Die Velofahrer leiden am meisten bei kaputten Strassen.

GR Rolf Wehrli: Mich würde die konkrete Begründung für diesen Kürzungsantrag interessieren. Sollen von 10 Löchern nur noch 7 geflickt werden?

Benedikt Schmidt: Die Begründung ist relativ simpel. Alle reden von den schlechten Gemeindefinanzen. Den Strassen in Pratteln geht es noch recht gut.

GR Rolf Wehrli: Das Budget wurde gemeinsam mit den Fachleuten der Verwaltung gemacht. Man hat schon dort den Finger draufgehalten und wir machen nur das Allernötigste.

://: Der Antrag von Benedikt Schmidt wird mit grossem Mehr gegen 4 Stimmen und diversen Enthaltungen abgelehnt.

620.314

Christian Schäublin: Wir beantragen eine Sondervorlage betreffend Strassenbauvorhaben Zehntenstrasse und Mühleweg gemäss den Ausführungen in unserem Bericht.

://: Der Antrag der RPK wird mit grossem mehr gegen 2 Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

690.319 / 690.436

Urs Hess: Die SVP ist klar der Auffassung, dass der Budgetbetrag von CHF 17'280 für die zwei SBB-Abos zu streichen ist. Uns wurde gesagt, dass die Tageskarten selbsttragend sind. Hier wird eine Vorfinanzierung an die SBB geleistet und belastet die Verwaltung unnötig. Das ist keine Kernaufgabe der Gemeinde.

GR Max Hippenmeyer: Bei einer allfälligen Streichung dieses Postens müssten auch die Einnahmen von CHF 17'000 gestrichen werden. Die ganze Sache kostet die Gemeinde CHF 280. Ich bin damit einverstanden, dass es keine Kernaufgabe ist. Mit vertretbarem und geringem Aufwand haben wir hier einen hohen Bürgernutzen. Das Angebot ist überall dort, wo es eingeführt worden ist ein Riesenerfolg. Ich bitte Sie, den Betrag zu belassen und machen Sie den Einwohnerinnen und Einwohnern eine Freude.

Einwohnerratspräsident Werner Graber: Die Tageskarte ist auch für diejenigen zugänglich, die kein Halbtax-Abo besitzen. Eine Tageskarte mit Halbtax-Abo kostet CHF 55. Wenn man kein Halbtax-Abo besitzt, dann kann auch keine Tageskarte gelöst werden. Hier haben wir eine günstige Lösung für die Bewohner von Pratteln.

://: Der Streichungsantrag von Urs Hess wird mit grossem Mehr gegen 7 Stimmen abgelehnt.

700.318.11

Kurt Lanz: Wir stellen den Antrag, für die Organisationsform der Werke eine Sondervorlage auszuarbeiten.

GR Max Hippenmeyer: Gegen eine Sondervorlage wehre ich mich nicht, aber wichtig ist, dass der Betrag im Budget verbleibt. Bei der Neuorganisation ist nicht eine AG gemeint. Dieses Thema ist schon 1996 im Einwohnerrat diskutiert worden und es ist dringend notwendig, dass wir hier vorwärts machen. Es gibt verschiedene Varianten und es bedarf gewisser Vorabklärungen für eine seriöse Vorlage. Ich überlasse es Euch, eine Zusatzrunde einzubauen. Auch die Beurteilung, ob es effizient ist, zuerst eine Vorlage für die Ausarbeitung einer Vorlage auszuarbeiten, überlasse ich Euch. Der Betrag war schon zweimal im Budget, wurde aber nicht beansprucht, weil wir nicht dazu gekommen sind.

Urs Hess: Für CHF 20'000 kann man ruhig eine Sondervorlage machen.

://: Der Antrag der SP für eine Sondervorlage wird mit 22 : 7 Stimmen und vereinzelt Enthaltungen angenommen.

710.318.11

Heinz Schiltknecht: Es geht hier um das gleiche in einem anderen Konto und ich bitte Sie, dem Antrag zu zustimmen.

Stefan Löw: Ich bitte den Gemeinderat, einen fundierten Antrag dem Einwohnerrat vorzulegen. Eine halbe Vorlage nützt nichts und es gibt nur unendliche Debatten. Kann das der Gemeinderat bestätigen?

GR Max Hippenmeyer: Wenn vorher eine Sondervorlage verlangt wurde ist es sinnvoll, auch hier eine zu beschliessen. Es geht um das gleiche und mit der Budgetierung von zwei Beträgen hat man die Kosten auf die beiden Kassen aufgeteilt.

://: Der Antrag der SP für eine Sondervorlage wird mit grossem Mehr gegen vereinzelte Stimmen angenommen.

730.434

Christian Schäublin: Wir beantragen eine Erhöhung von CHF 5'000 gemäss unseren Ausführungen im Bericht. Der Häckseldienst wird deutlich subventioniert.

GR Felix Knöpfel: Im Jahre 2005 haben wir 448 Posten gehäckselt. Wenn wir diese Posten auf die CHF 5'000 aufteilen ergibt das eine Erhöhung von CHF 11.25. In Zukunft würde das Häckseln für einen Posten CHF 21.25 kosten. Das heisst wiederum, dass der Häckseldienst zu teuer ist und gar nicht mehr gehäckselt wird. Ist das eine Kernaufgabe der Gemeinde? Selbstverständlich nicht.

://: Der Antrag der RPK wird mit grossem Mehr mit vereinzelt Enthaltungen angenommen.

020.506.11

Christian Schäublin: Wir beantragen eine Kürzung um CHF 30'000 gemäss unseren Ausführungen im Bericht. Die bestehenden Verbindungen sind ausreichend.

://: Der Antrag der RPK wird mit grossem Mehr und 1 Enthaltung angenommen.

140.506.02

Christian Schäublin: Wir beantragen eine Sondervorlage gemäss unseren Ausführungen im Bericht.

://: Der Antrag der RPK wird einstimmig angenommen.

240.503.19

Christian Schäublin: Wir beantragen eine Erhöhung um CHF 80'000 gemäss unseren Ausführungen im Bericht.

://: Der Antrag der RPK wird einstimmig angenommen.

620.506.04

Christian Schäublin: Wir beantragen eine Sondervorlage gemäss unseren Ausführungen im Bericht.

://: Der Antrag der RPK wird einstimmig angenommen.

790.581.02

Christian Schäublin: Wir beantragen eine Sondervorlage gemäss unseren Ausführungen im Bericht.

GP Beat Stingelin: Ich habe gerade heute ein Mail von Herrn Bächtold aus Liestal erhalten. Der Regierungsrat braucht eine Stellungnahme der Gemeinde betreffend Mitfinanzierung.

://: Der Antrag der RPK wird einstimmig angenommen.

Schlussabstimmungen

1. Genehmigung Voranschlag 2006

://: 1.1 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen und 1 Enthaltung:

Der Voranschlag für das Jahr 2006 wird unter Berücksichtigung der in der Detailberatung beschlossenen Änderungen mit einem Mehraufwand von CHF 768'465.— genehmigt.

1.2 Der Rat beschliesst einstimmig:

Die Investitionsrechnung, gemäss den Seiten 40 - 55, wird unter Berücksichtigung der in der Detailberatung beschlossenen Änderungen genehmigt:

- Für Strassen, Werk- und Energieleitungen sind die Ausgaben bis CHF 1'000'000.— sowie für alle übrigen Investitionen bis CHF 300'000.— je Einzelfall ohne Sondervorlagen, mit dem Budget bewilligt.
- Die vorgesehenen Investitionen werden sowohl aus eigenen als auch mit fremden Mitteln finanziert. Der Gemeinderat wird hiermit ermächtigt, die notwendigen Fremdmittel aufzunehmen.

2. Festsetzung der Steuersätze für das Jahr 2006

://: 2.1 Der Rat beschliesst einstimmig:

Die **Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen** wird auf **63.8 % des Staatssteuerbetrages** festgesetzt (unverändert).

2.2 Der Rat beschliesst einstimmig:

Die **Ertragssteuer für juristische Personen** wird auf **4.95 % des steuerbaren Ertrages** festgesetzt (unverändert).

2.3 Der Rat beschliesst einstimmig:

Die **Kapitalsteuer juristischer Personen** wird auf **5.5 ‰** festgesetzt. (unverändert).

2.4 Der Rat beschliesst einstimmig:

Feuerwehrgeldersatz: 10.0 % des Gemeindesteuerbetrages, mindestens aber CHF 60.— (unverändert).

3. Festsetzung der GGA-Gebühr

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 1 Stimme:

Es wird ein einmaliger Rabatt auf die Betriebs- (GGA Gebühr) und Urheberrechtsgebühren von 33 % gewährt (neu).

4. Festsetzung der Wasserbezugsgebühr

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen:

Die Wasserbezugsgebühr wird auf CHF 1.40 pro m³ bezogenen Wassers sowie Grundgebühr gemäss Wasserreglement, zuzüglich Mehrwertsteuer, festgesetzt (unverändert).

Es wird ein Rabatt auf die gesamten Wasserbezugsgebühren von 12,5 % gewährt (neu).

5. Festsetzung der Abwasserreinigungsgebühr

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen:

Gemeinde: CHF 0.50 pro m³

Kanton: CHF 1.25 pro m³ bezogenen Wassers und
CHF 0.50 pro m³ Sauberwasser aus Mischsystemen

Alle Gebühren gemäss Reglement über Abwasseranlagen, zuzüglich Mehrwertsteuer (unverändert).

Es wird ein Rabatt auf die gesamten Abwasserreinigungsgebühren von 12,5 % gewährt (bisher 25 %).

6. Festsetzung Hauskehricht-, Sperrgut- und Containergebühren

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen:

Die derzeit gültigen Hauskehricht-, Sperrgut- und Containergebühren werden für das Jahr 2006 beibehalten.

CHF 2.50 / 35 Liter Sack

CHF 44.— / 800 Liter Container

CHF 2.50 / 6 kg Klein- und Grobsperrgut

7. Festsetzung der Nachtparkgebühr

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 1 Stimme:

Die Nachtparkgebühr wird auf CHF 40.— pro Monat festgesetzt (unverändert).

8. Prüfung der Gemeinderechnung

://: Der Rat beschliesst einstimmig:

Die RPK zieht für die Prüfung der Gemeinderechnung 2006 die Firma ROD Treuhandgesellschaft des Schweizerischen Gemeindeverbandes AG, 3322 Schönbühl-Urtenen bei.

Fragestunde

Frage von Rös Graf betr. „Vollzug Hundereglement und Gesetz“

GR R. Handschin: Die beiden Basel haben zur Zeit die griffigsten Reglemente mit Rassenlisten, wo Hunde mit erhöhtem Gefahrenpotential aufgeführt sind. Das neue vom Einwohnerrat verabschiedete Hundereglement ist noch nicht in Kraft, weil eine Beschwerde hängig ist. Zu der Frage 1: Verantwortlich ist die Gemeindepolizei, welche die Fälle unter Beizug des Kantonstierarztes beurteilt. Frage 2: Die Gemeindepolizei ist auf dem Gemeindegebiet für die Kontrollen zuständig. Die Hunde tragen einen Chip und die Daten werden dem Kanton zu Händen der Datenbank übermittelt. In Pratteln sind rund 500 Hunde registriert. 21 Hunde fallen unter die Kategorie „potentiell gefährlich“. Die Halter dieser Hunde brauchen eine spezielle Bewilligung vom Kantonstierarzt und müssen gewisse Auflagen erfüllen. 16 davon haben eine Bewilligung ohne spezielle Auflagen, zwei haben einen Maulkorb- und Leinenzwang und drei haben einen Nacherziehungskurs besuchen müssen. Frage 3: In den letzten zwei Jahren sind diverse Verweisungen und Verzeigungen ausgesprochen worden. Dies wegen Nichtbezahlung der Hundegebühr, Verunreinigungen und 3 Hunde haben gebissen. Dabei waren keine so genannt potentiell gefährlichen Hunde. 2 Hunde haben andere Hunde gebissen. Ein Hund wurde dem Halter wegen Misshandlung und Verwahrlosung entzogen. Bei zwei Haltern wurden Massnahmen angedroht. Die Gemeindepolizei hat auch in der Prävention einiges getan. Im Jahre 2004 wurde im TH

Chäferhuus ein Kurs angeboten. Trotz Publikation sind keine weiteren Anfragen für solche Kurse eingegangen. Vielleicht ist jetzt der Zeitpunkt für die Durchführung eines Kurses günstig.

Rös Graf: Ich danke für die Beantwortung und sehe, dass jedes Gesetz und Reglement nur so gut ist, wie es kontrolliert wird. Ich hoffe sehr, dass auch auf dem Feld und im Wald solche Hunde kontrolliert werden.

Urs Hess stellt einen Ordnungsantrag und verlangt, dass keine Diskussion geführt wird.

Rös Graf: Gerade in der Zeit von April bis September sehe ich viele Hunde, die eigentlich an der Leine geführt werden sollten. Diese Nichteinhaltung hat mich veranlasst, die Fragen zu stellen.

Stefan Löw: Ich bitte das Büro, in Zukunft darauf zu achten, dass nach der Beantwortung höchstens zwei Zusatzfragen gestellt werden.

Einwohnerratspräsident Werner Graber lädt alle Anwesenden zum traditionellen Weihnachtsapéro ein und bedankt sich bei der AGFF für die Organisation des Apéros und für die Bereitstellung und Herstellung der schmackhaften Leckereien.

Die Sitzung wurde um 22.10 Uhr abgebrochen.

Pratteln, 4. Januar 2006

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär

Werner Graber Bruno Helfenberger